

Ausweg?

Daß es in absehbarer Zeit zu einer Neuauflage der Würzburger Synode kommen wird, ist nach wie vor wenig wahrscheinlich. Zwar stand das Thema Synode auch bei der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 3./4. Mai wieder auf der bunt gemischten Tagesordnung. In seinem Bericht zum Stand der einschlägigen Diskussion konnte ZdK-Vizepräsident *Walter Bayerlein* aber nur seine Feststellung in der Frühjahrsvollversammlung 1984 (vgl. HK, Juni 1984, 292–293) wiederholen, im Zentralkomitee gebe es derzeit keine Mehrheit für die Durchführung einer Gemeinsamen Synode nach Würzburger Modell. Er konnte sich dabei auf die Ergebnisse einer zweiten Umfrage bei den Diözesanräten und Verbänden berufen, die gemäß einem im Frühjahr 1984 gefaßten Beschluß durchgeführt wurde.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die Anliegen und Anfragen vom Tisch wären, aus denen sich der Wunsch nach einem zweiten Würzburg speist. Sie werden schließlich auch von vielen geteilt, die sich mit dem Projekt einer neuen Gemeinsamen Synode aus verschiedenen Gründen nicht anfreunden konnten: Ebenso weit verbreitet wie die Kritik an der mangelnden Kommunikation zwischen Amtsträgern und Laien ist das Gefühl, die bundesdeutsche Kirche tue zuwenig, um den eigentlichen Herausforderungen für den christlichen Glauben in der gegenwärtigen Gesellschaft zu begegnen.

Nicht umsonst wurde bei der Umfrage das Problem der Weitergabe des Glaubens an die kommende Generation besonders häufig als ein Thema genannt, das baldmöglichst auf Bundesebene gemeinsam beraten werden mußte. Daneben tauchte auch die Frage nach Verständnis und Stellenwert des Laienapostolats häufiger auf. Die

Frühjahrsvollversammlung beauftragte jetzt das Präsidium des ZdK, in der Gemeinsamen Konferenz vorzuschlagen, in deren Verantwortung eine gemeinsame Studientagung von Bischöfen und Mitgliedern des Zentralkomitees über Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt, besonders über die Weitergabe des Glaubens durchzuführen. Gegenstand der Studientagung soll auch die Frage sein, „wie der überdiözesane Dialog in Angelegenheiten gemeinsamer Verantwortung von Bischöfen, Priestern und Laien intensiver weitergeführt werden kann.“

Überflüssig wäre eine solche Studientagung – wenn sie denn zustande kommen sollte – gewiß nicht, auch wenn man von ihr nicht zu viel erwarten sollte. Nicht zuletzt im Blick auf die bisherige Arbeit der Gemeinsamen Konferenz (in diesem Jahr findet nur eine einzige Sitzung des Gremiums statt!) ist einige Skepsis geboten. Im übrigen weiß man noch nicht so recht, wie der von der Vollversammlung gutgeheißene Vorschlag des ZdK-Präsidiums zu werten ist: als ernsthafter Versuch, einen ersten konkreten Schritt zu dem „allseits gewünschten intensiveren überdiözesanen Dialog“ (*Walter Bayerlein*) zu unternehmen oder mehr als halbherzige Konzession an die Befürworter einer neuen Gemeinsamen Synode. ru

Nachlese

Zum 8. Mai wurden auch von katholischer Seite Erklärungen abgegeben: zum Teil eingebunden in offizielle Akte, zum Teil unabhängig davon. Die *Deutsche Bischofskonferenz* hatte sich bereits Wochen vorher in einem eigenen Wort an die Öffentlichkeit gewandt (vgl. HK, Mai 1985, 221 ff.). Dieses unterschied sich deutlich von dem gemeinsamen Wort der EKD und des Kirchenbundes in der DDR. Es ließ im Gegensatz zu diesem alle direkten politischen Bezüge, sei es friedenspolitischer, sei es gesamtdeut-

scher Art, weg und formulierte an den sieben Bitten des Vaterunsers entlang betont geistlich all das, was Kirche zum Krieg, zum Kriegsende, zum Dritten Reich und zur Zeit danach und zu den heutigen Aufgaben als Kirche zu sagen hat. Das Wort war insoweit interessant, als es sich von allen anderen durch diese geistlich-meditative Entschiedenheit unterschied.

Kardinal *Höffners* Ansprache im Rahmen der gottesdienstlichen Gedenkfeier im Kölner Dom war wiederum von einer anderen Prägung, aber ebenfalls deutlich unterschieden von der Ansprache des EKD-Vorsitzenden *Lohse*: weniger Rückbesinnung als Blick in die Gegenwart und mit *Lohses* Argumentation im wesentlichen nur in einem Punkt identisch, insofern beide den Abfall in die Unmenschlichkeit während des Dritten Reiches und durch dieses und alle damit begangenen Verbrechen und aufgeladene Schuld letztlich auf den Abfall von Gott zurückführten. *Höffner* war sichtlich bemüht, von gegenseitigen Schuldzuweisungen („Wir sollten vergangene Schuld und gegenseitig zugefügtes Unrecht nicht immer selbstquälerisch hervorholen.“) wegzukommen und sich mehr den Problemen zuzuwenden, die Kirche und Gesellschaft *als Gegenwartsfragen* beschäftigen: das nach *Höffners* gestörte Verhältnis zur Zukunft, die Sorge um das Überleben der Menschheit und der Natur, die Rückbesinnung auf die „Tugend der sittlichen Entscheidung“.

Wieder von ganz anderem Tenor war eine kurze *Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken* anlässlich der Vollversammlung vom 3./4. Mai in Aachen. Sie geht nur ganz kurz auf das Dritte Reich ein, spricht vom 8. Mai als einem Tag der Trauer, nennt den „elenden Tod von Millionen von Menschen in den Vernichtungslagern des Nationalsozialismus und im Krieg“ neben dem „Verlust der Heimat für viele Menschen in ganz Europa“. Der Kern der Erklärung ist der Bundesrepublik bzw. den „deutschen“ Verhältnissen, wie sie als Kriegsfolge und in der Nachkriegszeit entstanden sind, gewidmet.

Sehr deutlich kommen auch die *deutsch-nationalen Gesichtspunkte* zum